

Die Demokratische Initiative gegen Diskriminierung und Gewalt, für
Menschenrechte und Demokratie ruft auf zu

**Demonstration und Kundgebung
zum Gedenken an die Pogrome
in der sogenannten Reichskristallnacht 1938
am**

Samstag, 9. November 2002

**12.00 Uhr Treffen am Mahnmal für die ermordeten Jüdinnen und
Juden**

aus Buer auf dem alten Friedhof an der Mühlenstraße

(zwischen Schulgelände und Wohnbebauung Ecke Dorstener Straße)

Anschließend Schweigezug zum Mahnmal für die zerstörte Buersche Synagoge am
Gustav-Bär-Platz

13.00 Uhr Kundgebung

**Begrüßung durch den Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen, Oliver
Wittke, Schirmherr der Demokratischen Initiative**

Gedenkrede

Aufrufer: Demokratische Initiative gegen Diskriminierung und Gewalt, für Menschenrechte und Demokratie - Gelsenkirchen

Für Respekt, Toleranz, Zivilcourage und Information - gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 organisierten die Nationalsozialisten ein Pogrom gegen die noch in Deutschland lebenden jüdischen Menschen, das zynisch "Reichskristallnacht" genannt wurde. Bei dem antijüdischen Pogrom wurden in ganz Deutschland die Synagogen in Brand gesteckt und noch bestehende Geschäfte jüdischer Bürgerinnen und Bürger zerstört. Viele Menschen wurden misshandelt.

Auch in Gelsenkirchen wurden die Synagogen in Gelsenkirchen und Buer in Brand gesetzt, der jüdische Teil des alten Friedhofs an der Mühlenstraße in Buer wurde zerstört. Zahlreiche Geschäfte an den Einkaufsstrassen der Stadt wurden für jeden sichtbar verwüstet, Menschen wurden gequält, ihr Hab und Gut vernichtet, viele wurden eingesperrt.

Diese Verbrechen der Nacht vom 9./10. November 1938, die sich zum 64. Male jähren, waren ein neuer Höhepunkt des von breiten Bevölkerungskreisen getragenen Antisemitismus und des staatlich legitimierten Terrors gegen die jüdische Bevölkerungsgruppe – nach Boykotten, tagtäglicher Diskriminierung, Nürnberger Rassegesetzen, fortschreitender Ausplünderung durch so genannte Arierisierungen und anderem.

Die rassistische Politik endete mit der Ermordung von etwa 6 Millionen Jüdinnen und Juden in Europa. Auch der überwiegende Teil der in Gelsenkirchen oft sehr lange ansässigen jüdischen Bürgerinnen und Bürger konnte sich nicht vor den Nationalsozialisten und ihren zahlreichen Helfern retten. Mehr als die Hälfte der 1933 in Gelsenkirchen lebenden jüdischen Menschen – Männer, Frauen und Kinder – wurden während des "Dritten Reiches" ermordet. Diskriminierung, Entrechtung und Misshandlung sowie schließlich die Deportationen aus Gelsenkirchen fanden in aller Öffentlichkeit und für zahlreiche Gelsenkirchener sichtbar statt. Etliche profitierten von der Verfolgung und Ermordung der Juden in Deutschland. An diesen Verbrechen waren viele Menschen beteiligt, noch mehr wussten oder ahnten zumindest, was geschah.

Das Gedenken an die Verbrechen des 9./10. November 1938 ist eine dauernde Mahnung gegen Intoleranz, Ausgrenzung und Gewalt. Mit großer Sorge sehen wir das Anwachsen von Intoleranz und Gewalt gegenüber Minderheiten und zugleich die schleichende alltägliche Diskriminierung. Insbesondere gegenüber Menschen nicht-deutscher Herkunft verbinden sich Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremistische Ideologie. In jüngerer Zeit haben notwendige politische Auseinandersetzungen um die Nahostpolitik gezeigt, wie schnell antijüdische und antisemitische Denkmuster mobilisiert werden können. Auch Gelsenkirchen ist nicht vor Fremdenfeindlichkeit und Gewalt gefeit.

Wir lassen nicht zu, dass Menschen wegen ihrer Hautfarbe, Sprache, Religion, Überzeugung oder wegen einer Behinderung diskriminiert, beleidigt, verletzt oder gar ermordet werden. Wir dulden keinen Antisemitismus, keine Schändung von Friedhöfen, religiösen und kulturellen Einrichtungen.

Die Demokratische Initiative ruft alle Bürgerinnen und Bürger Gelsenkirchens auf, jeder Form von Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt entgegenzutreten. Wachsamkeit, Nachbarschaftshilfe, Mut, Zivilcourage und Engagement im Alltag finden unsere Unterstützung, denn wir wollen in Gelsenkirchen deutlich werden lassen: Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Hass in Gelsenkirchen - Mit uns nicht!

Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger von Gelsenkirchen auf: Beziehen Sie mit Ihrer Teilnahme an Demonstration und Kundgebung Stellung gegen Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Hass. Lassen Sie uns gemeinsam versuchen, aus der Geschichte zu lernen.